Alle(s) mitdenken?! Inklusive und barrierearme politische Bildung und Diskursarbeit in Evangelischen Akademien

Stand: Sommer 2025

Die Evangelischen
Akademien
in Deutschland

© unsplash, laura adai

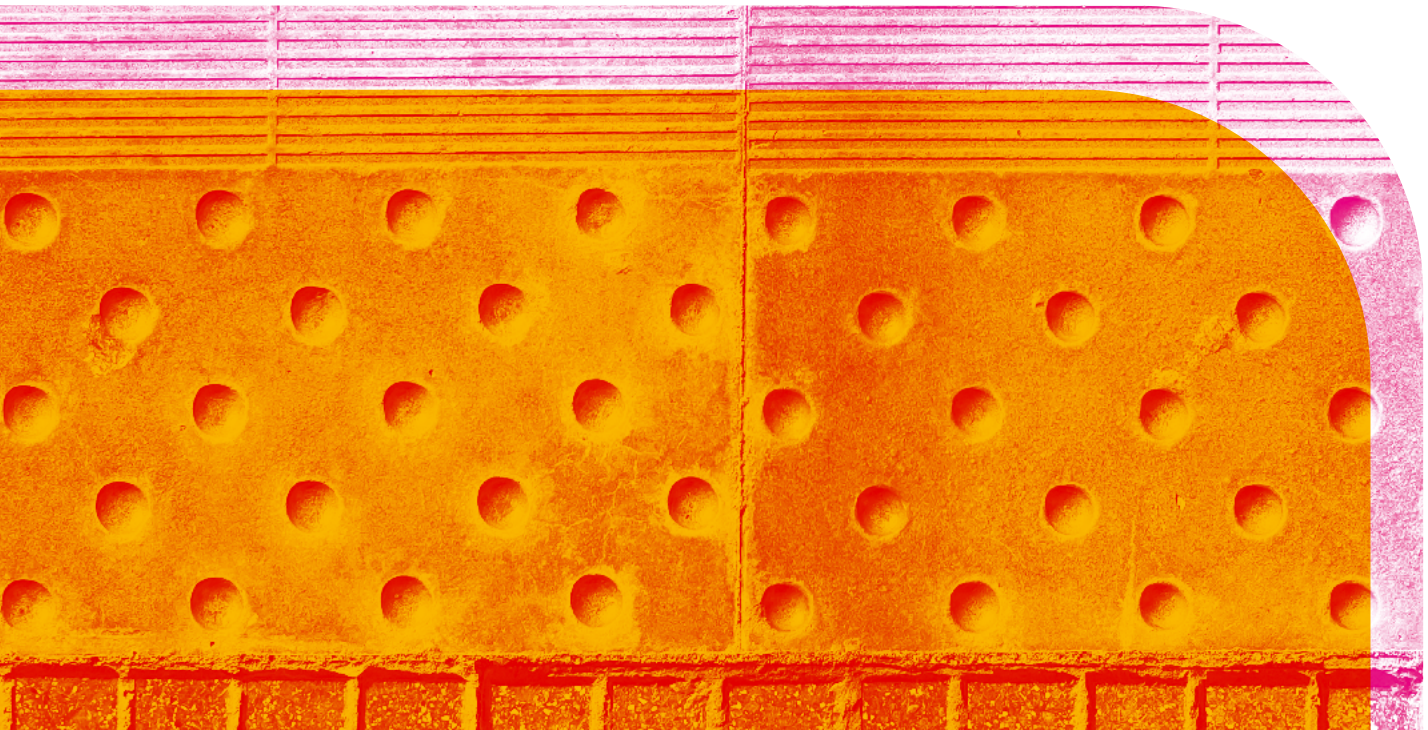
Zur Einordnung: Begriffsverständnis

Evangelische Akademien setzen sich mit ihrer politischen Bildungsarbeit aktiv für die Vermittlung und Stärkung demokratischer Werte ein. Sie ermutigen Menschen, sich in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen[1]. Akademien stellen Räume für den interdisziplinären Austausch zur Verfügung, in denen Auseinandersetzungen mit strittigen Themen, gesellschaftspolitischen Herausforderungen und Lösungsansätzen stattfinden. Bildungs- und Diskursangebote sind dabei im Idealfall so ausgerichtet, dass sie niemanden ausschließen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, ist es ein Ziel, Angebote **barrierearm** und **inklusiv** zu konzipieren und zu gestalten. Was verstehen wir unter diesen beiden Begriffen?

Der Begriff **„barrierearm“** drückt das Wissen darum aus, dass es nahezu unmöglich ist, alle Hindernisse für alle Personen gleichzeitig zu beseitigen. Ein klassisches Beispiel ist der „Bordstein-Konflikt“: Für erblindete Menschen ist der Bordsteinrand ein wichtiges Raumelement, um den Fußweg von der Straße taktil bzw. mit dem Stock klar unterscheiden zu können. Für Personen, die einen Rollstuhl nutzen, ist jeder Absatz ein Hindernis, so dass Barrierefreiheit im vollständigen Entfernen einer Kante bestehen würde. Der Kompromiss, ein deutlich abgesenkter Bordstein, bedeutet für beide Seiten nicht die Ideallösung, ist aber jeweils besser als die optimale Ausführung für den anderen. Insofern kann es zwar für einzelne Personen Barrierefreiheit geben; für heterogen zusammengesetzte Gruppen wäre das Ziel eher eine möglichst weitgehende Barrierearmut.

Obwohl Barrieren auch bei den Adressat*innen von Bildungsangeboten liegen können (Selbstausschluss), geht es im Folgenden um Barrieren und Zugänglichkeit von Bildungsräumen auf der Angebotsseite sowie um das Ziel, diese so weit wie möglich abzubauen. So verstanden stellt der „Barrierenblick“ eine Alternative zu defizitorientierten Zielgruppenbeschreibungen dar, die eine Nicht-Teilnahme an Bildungsangeboten etwa mit „Bildungsferne“ und „Politikverdrossenheit“ begründen.

[1] Mehr zum Auftrag Evangelischer Akademien unter folgendem Link: https://www.evangelische-akademien.de/wp-content/uploads/2024/10/EAD_Diskurskultur-und-pol.-Bildung.pdf?x91806



Barrieren zu Bildungsräumen können auf verschiedenen Ebenen liegen, z. B.:

- Physische Barrieren (Anfahrtswege (Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln), bauliche Hürden im Gebäude (für Rollstuhlnutzende, blinde Menschen etc.), technische Voraussetzungen auch bei digitalen Formaten)
- Sprachliche Barrieren (Ansprache bei der Bewerbung der Veranstaltung, Gestaltung der Anmeldeverfahren, sprachliche Voraussetzungen (muttersprachliches Niveau, akustisches Hören))
- Kognitive Barrieren (Materialien und Inhalte)
- Finanzielle Barrieren (Teilnahmekosten, Reisekosten)
- Veranstaltungsbezogene Barrieren (Thema, Format, Didaktik)

Beispielsweise ist zu überlegen, ob eine Akademie immer der passende Ort für eine Veranstaltung oder ein Projekt ist. Zu fragen wäre etwa, was es für Teilnehmende bedeutet, sich auf den Weg zu einem Bildungsort zu machen und inwiefern dies mit Barrieren verbunden ist. Möglicherweise braucht es „Brückenbauer*innen" – vertraute Personen, die Teilnehmende zum Bildungsort begleiten.

Barrierearmut erfordert, alle Hindernisse, die den Zugang zu Bildungsangeboten erschweren, so weit wie möglich abzubauen. Dies ist kein Ziel, das mit wenigen Maßnahmen schnell zu erreichen wäre, sondern erfordert eine (selbst-)reflexive Haltung und eine erhöhte Sensibilität für Barrieren bei den Anbieter*innen politischer Bildung.

Barrierearmut ist zentraler Bestandteil einer **inklusiven** politischen Bildung, die darauf abzielt, eine gerechte, vielfältige und selbstbestimmte Teilhabe an Bildungsangeboten möglichst umfassend zu ermöglichen. Inklusive politische Bildung ist als Ansatz zu verstehen, der eine große Bandbreite der im Bildungsraum relevanten Positionen und Differenzen reflektieren möchte. Menschen sollen ermächtigt werden, sich in der Gesellschaft und im politischen Diskurs einzubringen. Dabei sind unterschiedliche Blickwinkel und Lebensrealitäten in den Bildungsinhalten zu berücksichtigen und wertzuschätzen. Ebenso bedeutsam sind eine diversitätssensible Wahrnehmung und Gestaltung des Bildungsprozesses. Durch die Einbeziehung verschiedener sozialer, kultureller und ökonomischer Hintergründe können diverse Perspektiven und Erfahrungen eingebracht und Diskriminierungen entgegengewirkt werden. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, wie das Wissen und die Erfahrungen unterschiedlicher Gruppen als Expert*innenwissen ernst genommen werden und in Veranstaltungen zur Geltung kommen können.

Den beiden Begriffen „barrierearm" und „inklusiv" liegt ein Verständnis aller Menschen als gleichwertige Teile der Gesellschaft zugrunde – ohne jede Einschränkung, unabhängig von Alter, sozio-ökonomischem Status, Religion und Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer und nationaler Herkunft sowie körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderungen und Beeinträchtigungen. Dabei sind Menschen in ihrer Komplexität wahrzunehmen und nicht auf einzelne Merkmale zu reduzieren.

Reflexion: Wir beschäftigen uns im Folgenden mit einem anwendungsorientierten Ansatz einer inklusiven Bildungs- und Diskursarbeit, daher verzichten wir auf eine ausführliche Diskussion von Widersprüchen der maßgeblichen Begrifflichkeiten. Gleichwohl bedürfen das Konzept „inklusiv“ und seine Verwendung auch auf einer sehr prinzipiellen Ebene der Reflexion. Auch wenn, anders als beim Konzept der Inklusion, kein Vorgang des Einbeziehens einer als außenstehend beschriebenen Gruppe in eine als Maßstab gedachte andere Gruppe gemeint ist: Indem man bestimmte Personengruppen benennt, die es aktiv anzusprechen gilt, betreibt man - wenn auch nicht gewollt - zugleich auf der sprachlichen Ebene eine begriffliche Exklusion. Zudem braucht es, wenn Diversität als Normalzustand, Heterogenität als gesellschaftlicher Gewinn und Pluralität als Voraussetzung für Demokratie ernst genommen werden sollen, spezifische Unterstützungsangebote für Menschen mit bestimmten Bedarfen.

© unsplash, etienne girardet

Dimensionen inklusiver Räume

1. Gleichberechtigte, selbstbestimmte Partizipation

Ein inklusiver Ansatz kann die Teilhabe diverser Zielgruppen bereits am Vorbereitungsprozess und die Kooperation mit Akteur*innen aus den entsprechenden Handlungsfeldern bedeuten: Mitsprache bei der Themenauswahl, Mitwirkung bei Tagungsdurchführung und -reflexion, nicht zuletzt im Sinne eines kooperativen Lernens und eines Miteinanders. In der Praxis hat sich die Zusammenarbeit in Tandem-Teams bewährt, die verschiedene Kompetenzen zusammenbringen. In der Vorbereitung ist es wichtig, dabei auch über Grenzen zu sprechen: Wie und wie weit möchte sich eine Person exponieren? Und: Partizipation kann vielgestaltig sein. Wenn eine Person nicht auf die Bühne möchte, kann sie sich eventuell aber ein vorab aufgenommenes Videointerview vorstellen, welches dann während der Veranstaltung gezeigt wird.

*2. Machtkritische Selbstreflexion der Bildner*innen und Bildungsteams*

Auch aus einer machtkritischen Perspektive heraus ist inklusive und barrierearme politische Bildung erstrebenswert, weil sie dazu beiträgt, bestehende Machtstrukturen zu hinterfragen, bearbeitbar zu machen und zu verändern. Inklusive und barrierearme politische Bildung erfordert auch eine (selbst-)reflexive Haltung der Bildungsanbieter*innen. Das bedeutet, dass sie ihre eigenen Vorurteile, Privilegien und die eigene gesellschaftliche Position kritisch hinterfragen und dies bei der Konzeption und Durchführung der Bildungsangebote immer wieder reflektieren. Dies geht auch mit einer Dekonstruktion von „Normalität“ einher. Es geht darum, die Annahmen und Wertungen zu analysieren, die bestimmten Zuständen oder Lebenswegen zugrunde liegen und zu verstehen, wie sie Machtverhältnisse und Ungleichheiten reproduzieren. Ein Selbstverständnis aller Beteiligten als Lernende – statt als Wissende – eröffnet Räume für einen gleichberechtigten, multiperspektivischen Austausch.

All dies zeigt sich nicht zuletzt auf der sprachlichen Ebene: Die Reflexion unterschiedlicher, vor allem auch eigener Sprachgewohnheiten und -fähigkeiten kann Ausgrenzungen verringern. Gemeinsam mit allen Beteiligten wäre zu klären, welche Sprache eine möglichst gleichberechtigte Kommunikation ermöglicht. Wie kann solch eine inklusive Sprache gestaltet sein und auch dann tatsächlich verwendet werden? Braucht es Übersetzungen? Können non-verbale Kommunikationsformen weiterhelfen?

Ein inklusiver Ansatz kann zudem bedeuten, Gruppen auch Themen zuzumuten, deren Bearbeitung ihnen die Mehrheitsgesellschaft nicht zutraut. Hier besteht das „inklusiv" also darin, dass Barrieren im eigenen Kopf abgebaut werden müssten (warum beispielsweise keine europäische Erinnerungsarbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung angehen? Warum keine Tagung mit Seniorinnen und Senioren über Jugendsprache?).

3. Politische Ebene inklusiver Bildungsarbeit: Wirkung über den Bildungsraum hinaus

Der Abbau von Barrieren und die Förderung inklusiver Bildung können marginalisierte Gruppen stärken. Sie erhalten Zugang zu Wissen und Fähigkeiten, die ihnen helfen, ihre Rechte einzufordern und aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben. Dies trägt zu Emanzipation und Selbstbestimmung bei. Darüber hinaus kann eine in diesem Sinne verstandene inklusive Bildungsarbeit Signale in die Gesellschaft senden. Wenn Vorgesetzte und Kolleg*innen in der eigenen Einrichtung oder Partner*innen in anderen Einrichtungen wahrnehmen, dass inklusive Strategien machbar und sogar erfolgreich sind, sinkt womöglich deren Hemmschwelle, inklusive Maßnahmen auch selbst zu erproben. Inklusives Handeln kann unter günstigen Bedingungen "ansteckend" wirken und das Ziel einer inklusiven Gesellschaft befördern.

Alle(s) mitdenken?

Inklusiv gestaltete politische Bildung und Diskurs-Formate haben ein großes Potential und eine entsprechende gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Gleichzeitig, auch das wurde in den vorherigen Kapiteln bereits deutlich, ist die Einbindung von Menschen mit sehr diversen Wissens- und Erfahrungshintergründen eine komplexe Aufgabe, die nicht nebenbei erledigt werden kann. Die Herstellung inklusiver Räume benötigt die entsprechenden zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen.

Aus diesen Gründen ist das Ziel, alle Veranstaltungsformate immer inklusiv zu gestalten, in der Praxis unrealistisch. Und es besteht das bereits beschriebene Problem, dass bestimmte Formate die Barrieren für manche senken, für andere jedoch erhöhen. Ein Beispiel sind Online-Veranstaltungen: Sie können häufig kostenlos oder zu geringen Preisen angeboten werden und ermöglichen auch Personen mit Mobilitätseinschränkungen oder familiären Verpflichtungen die Teilnahme. Für Menschen ohne stabiles Internet und digitale Endgeräte stellen sie jedoch ein Ausschlusskriterium dar. Und schließlich kann es auch gute Gründe geben, bestimmte Formate an spezifische Zielgruppen zu adressieren.

Eine Veranstaltung kann so angelegt sein, dass sie explizit Vertreter*innen aus Gruppen gewinnt, die sonst wenig oder nicht vertreten sind und diese dezidiert als Mitwirkende oder Teilnehmende anspricht. Grundsätzlich ist es erstrebenswert, Angebote zu machen, die implizit barrierearm und möglichst inklusiv sind.

Dies können z. B. Veranstaltungen sein, die durch Aufbau, Methoden und den vorausschauenden Umgang mit heterogenen Beteiligungswünschen so geplant sind, dass Menschen mit unterschiedlichsten Voraussetzungen gewinnbringend teilnehmen und sich auch aktiv einbringen können. Diversität ist dann kein die Planung erschwerender „Störfaktor", sondern ein grundlegendes Merkmal eines gelingenden Konzepts. Dabei sollte „inklusiv" nicht als Zustandsbeschreibung verstanden werden. Inklusion markiert vielmehr eine Zielbestimmung und einen Prozess, welcher ein beständiges Hinterfragen der Ausrichtung des eigenen Wirkens in Institutionen voraussetzt. Dieser Prozess muss nicht von Anfang an perfekt funktionieren. Aber er braucht eine „Kultur des Zutrauens" in Partner*innen und Teilnehmende, er braucht Mut, Neues auszuprobieren und nicht zuletzt einen positiven Umgang mit Fehlern.

Einen inklusiven oder zumindest barrierearmen Ansatz von Beginn an mitzudenken und dabei realistisch die vorhandenen Gegebenheiten (Ausstattung und Anlage Tagungshaus), Ressourcen (finanzielle Mittel für Übersetzungen, Assistenz etc.), Zielgruppen (Bildungs- und Erfahrungshintergründe, finanzielle Möglichkeiten) sowie Bildungsziele (kooperativ erarbeitet etc.) der Angebote in den Blick zu nehmen, gehört zu den Voraussetzungen gelingender politischer Bildungsarbeit. Dabei kann es aus den oben genannten Gründen sinnvoll sein, unterschiedliche Formate anzubieten, die jeweils bestimmte Barrieren und Exklusionsmechanismen senken können.

Ein inklusiver Ansatz wird durch bewusst diskriminierende, gewaltvolle Handlungen unmöglich gemacht. Daher können in solchen Fällen Ausschlüsse die Voraussetzung für einen inklusiv gestalteten Bildungsraum sein.

Inklusion ist kein „Nice to Have", sondern ein Menschenrecht und zentraler Bestandteil des christlichen Menschenbildes.

Am Ende ist es nicht entscheidend, ob eine Gesellschaft, eine Kirche oder eine Akademie sich für inklusiv oder barrierearm hält. Entscheidend ist, ob sie von Menschen als solche wahrgenommen wird.

Nach christlichem Verständnis gründet die Würde jedes Menschen in der Gottebenbildlichkeit des Menschen. Gott, der Schöpfer, schafft sich seine Gegenüber: die Menschen in ihrer geschöpflichen Vielfalt. Aus dieser Beziehung resultiert die unaufgebbare, gleiche Würde aller Menschen vor Gott und in der Welt. Sie gründet nicht in speziellen Eigenschaften oder Fähigkeiten, noch in sozialer Dignität oder besonderer Identität. Würde realisiert sich innerweltlich in inklusiven Gemeinschaften und partizipativen Prozessen der vorbehaltlosen Anerkennung. In Jesus Christus, dem Versöhner, nimmt Gott den Menschen jenseits seiner Leistungen allein aus Gnade an. Diese Versöhnung gilt radikal gleich für alle Menschen in ihrer faktischen Verschiedenheit. Sie ist ein Modell für ein menschliches Miteinander, das Diversität nicht übergeht, sondern in inklusiver Gemeinschaft wertschätzt und so Freiheit in versöhnter Verschiedenheit ermöglicht. Im Heiligen Geist verheißt Gott eine andere, erlöste Zukunft, das Reich Gottes. Wir selbst können dieses Reich nicht herstellen. Unsere Bemühungen um eine bessere Welt bleiben menschliches Stückwerk. Das schärft den Realitäts- und Möglichkeitssinn. Eine barriereärmere Welt ist möglich.

© Evangelische Akademie Bad Boll, Fotografie 2017. Quelle: Dr. Irmgard Ehlers

Aus der Praxis

Beispiel: Tagungen für Werkstatträte, Bewohnerbeiräte und Schwerbehindertenvertretungen der Ev. Akademie Bad Boll

Veranstaltungsbeschreibung: Seit vielen Jahren kommen Menschen, die in einen Werkstattrat, Bewohnerbeirat oder in eine Schwerbehindertenvertretung gewählt worden sind, zu ihrer jeweiligen Tagung an die Evangelische Akademie Bad Boll. Der Bedarf nach Fortbildung und Vernetzung ist groß, so dass sowohl die Werkstatträte- als auch die Schwerbehindertenvertretungen-Tagungen inzwischen zweimal jährlich angeboten werden, weil sie mit mehr als 100 Teilnehmenden regelmäßig und frühzeitig ausgebucht waren.

Anspruch: Die Tagungen sind nach innen betrachtet nicht inklusiv, da sie auf eine bestimmte Zielgruppe zugeschnitten sind. Ihre Stoßrichtung ist aber erstens das Empowerment der Teilnehmenden mit relevanten Themen aus ihrem Arbeits- und Lebensbereich. Zweitens finden sie während des regulären Tagungsbetriebs statt, so dass es in den „Zwischenräumen", also in den Pausen, beim Essen, beim Abendprogramm, aber auch in den Morgenandachten, zu Begegnungen mit Teilnehmenden anderer Tagungen kommt.
Außerdem besteht unser Anspruch darin, eine möglichst weitgehende Barrierefreiheit herzustellen. Dies bezieht sich auf verschiedene Behinderungsformen: körperliche, geistige und psychische.

Herausforderungen/Widersprüche: Da in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) Menschen mit geistiger Behinderung, aber auch mit psychischer Erkrankung arbeiten, gibt es eine erhebliche Spannweite bzgl. des gewünschten Schwierigkeitsgrads der einzelnen Einheiten, so dass sich manche Beteiligte nicht ausreichend berücksichtigt fühlen. Auch stößt die vorgelebte „Normalität" eines uneingeschränkten Miteinanders von Tagungsgästen mit und ohne Behinderung an ihre Grenzen, wo beispielsweise unterschiedliche Vorstellungen bzw. Gewohnheiten von Nähe und Distanz, aber auch Hygienebedarfe ins Spiel kommen. Vergleichsweise hohe Preise oder auch der Zugang zu alkoholischen Getränken bergen einen Konflikt zwischen Bevormundung/Fürsorge und der Förderung von Eigenverantwortung. Außerdem haben viele Teilnehmende einen Assistenzbedarf, so dass die Verfügbarkeit einer Begleitung allzu oft über eine Teilnahmemöglichkeit entscheidet.

Lessons learned: Inhaltlich ist geplant, künftig mehr politische Bildung in den Tagungskontext einzubetten als bisher. Grundsätzlich ist es hilfreich, dass für die jeweiligen Tagungen Mittel aus extra hierfür vorgesehenen Töpfen bei den Arbeitgeber*innen bzw. Wohnstätten vorhanden sind. Eine frühzeitige Bewerbung der Veranstaltungen hilft bei der Ermöglichung von begleitenden Assistenzen.
Die Resonanz anderer Gäste, die gleichzeitig Tagung haben, ist fast durchweg positiv. Viele geben an, nur in Bad Boll Kontakt zu Menschen mit (geistiger) Behinderung zu haben, und besonders abends findet – vor allem bei musikalischer Untermalung – oft auch eine Durchmischung statt.

© Evangelische Akademie Hofgeismar

Beispiel: Fashion Revolution Week Kassel – Tagung der Ev. Akademie Hofgeismar

Veranstaltungsbeschreibung: Die Tagung fand anlässlich der jährlich stattfindenden, globalen Kampagne „Fashion Revolution Week" statt. Sie erinnert an den tragischen Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Dhaka, Bangladesch (2013) und macht auf die bestehenden Missstände in der globalen Bekleidungsindustrie aufmerksam. Der Thementag adressierte strukturelle sozial-ökologische Missstände in der Fast Fashion-Industrie, das deutsche Lieferkettengesetz sowie individuelle und kollektive Beteiligungsmöglichkeiten. Durch unterschiedliche Formate wurde ein theoretischer und praktischer Zugang zu sozial-ökologischer Nachhaltigkeit in der globalen Bekleidungsindustrie geschaffen.

Anspruch: Ziel war es, Auswirkungen der globalen Bekleidungsindustrie auf Gesellschaft und Umwelt sichtbarer und verständlicher zu machen. Die Veranstaltung wollte möglichst barrierearm (finanziell und räumlich) generations- und geschlechterübergreifend Menschen für das Thema begeistern und es zugänglicher machen. Durch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Ehrenamtlichen aus Kassel sollte die Tagung partizipativ gestaltet und diverse Zielgruppen adressiert werden.

Herausforderungen/Widersprüche: Die Teilnahme an der Veranstaltung war kostenlos, mit verbindlicher Voranmeldung. Die Veranstaltung war ausgebucht, allerdings sind ein Viertel der angemeldeten Personen nicht gekommen. Daraus folgt die Frage, ob eine kostenlose Teilnahme zu weniger Verbindlichkeit führt. Nahezu alle Teilnehmenden waren bereits mit dem Thema vertraut, teilweise ehren- oder hauptamtlich engagiert. Es wurden 95 Prozent weiblich gelesene Personen aus unterschiedlichen Generationen erreicht. Der Tagungsort war barrierefrei, wodurch auch Rollstuhlbenutzer*innen teilgenommen haben. Herausfordernd war es, männlich gelesene Personen sowie Menschen, die nicht mit der Thematik vertraut sind, zu erreichen.

Lessons learned: Die Veranstaltung fand in einem privilegierten Stadtteil statt, was die Zugänglichkeit für bestimmte Zielgruppen eingeschränkt haben könnte. Es ist schwierig eine Veranstaltung zu gestalten, die alle anvisierten Zielgruppen erreicht, da sie unterschiedliche Interessen und Bedarfe haben. Im Rahmen der Fashion Revolution Week würde es sich anbieten, unterschiedliche Einzelveranstaltungen zu organisieren, die in verschiedenen Stadtteilen stattfinden und durch ihre diverse Ausrichtung unterschiedliche Personen ansprechen.

© wikipedia, Schloss Tutzing, Blick vom See zum Haupthaus, CC BY-SA 3.0

Beispiel: Tagungsreihe „Tutzinger Psychiatrietagung“ der Ev. Akademie Tutzing

Veranstaltungsbeschreibung: Seit Jahrzehnten findet in der Evangelischen Akademie alle zwei Jahre die “Tutzinger Psychiatrietagung” statt, traditionell in Kooperation mit der Bayerischen Gesellschaft für psychische Gesundheit e. V. und der Bayerischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V. (BayGSP). Beide Vereine sind Anfang der 1970er Jahre im Zuge der Psychiatriereform entstanden und stehen bis heute für eine humane Psychiatrie, einen sozialpsychiatrischen Ansatz sowie eine integrative, soziale Versorgung im Gefolge des Konzeptes der Gemeindepsychiatrie. In diesem Rahmen fokussiert die Veranstaltung in einem zweitägigen Format unter der Woche je unterschiedliche Aspekte.

Anspruch: Der Anspruch der Veranstaltung ist durch den Gedanken des Trialogs zwischen Behandelnden, An- und Zugehörigen sowie Erfahrungsexpert*innen gekennzeichnet. Ziel ist damit insbesondere auch, im Programm und im Publikum insbesondere Menschen mit Psychiatrieerfahrung einzubinden und zu den unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Tagungen zu Wort kommen zu lassen.

Herausforderungen/Widersprüche: Die Veranstaltungsreihe hat ein etabliertes Stammpublikum aus dem Großraum München. Sie wird grundsätzlich dem Anspruch gerecht, Behandelnde, An- und Zugehörige sowie Menschen mit Psychiatrieerfahrung in den Trialog zu bringen. Allerdings sind durch die lange Tradition in allen Gruppen Verengungen auf gewisse Personen oder Personengruppen gewachsen. Auch eine Verjüngung des Planungsteams sowie der angesprochenen Personen ist eine anstehende Herausforderung. Zudem gelingt es bisher wenig, Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren An- und Zugehörige aus marginalisierten Gruppen (etwa Wohnungslose oder Migrant*innen anzusprechen). Da die Veranstaltung mit Anreise, Übernachtung, Verpflegung und Vortragsgebühr trotz Zuschüssen der Kooperationspartner signifikante individuelle Kosten verursacht, könnten weitere Erfahrungsexpert*innen nicht teilnehmen können. Oft passen Menschen mit Psychiatrieerfahrung nicht in die üblichen Ermäßigungskategorien Student*in/Schüler*in/Auszubildende/Erwerbslose/Menschen mit Schwerbehinderung.

Lessons learned: Durch den Rückzug der Bayerischen Gesellschaft für psychische Gesundheit e. V. aus der Kooperation während der Coronapandemie, hat sich ein Möglichkeitsfenster geöffnet. Zukünftig sollen themenabhängig einmalige Kooperationspartner hinzugenommen werden. Für die Veranstaltung 2025, die sich mit “Migrationserfahrungen” beschäftigt, konnte neben der BayGSP das “Refugee Mental Care-Network” gewonnen werden. Menschen mit Migrationsbiographie sollen aktiv ins Programm integriert werden. Durch hohe Zuschüsse sollen die individuellen Teilnahmekosten klein gehalten werden und durch die neuen Partner andere Gruppen angesprochen werden.

© Evangelische Akademie Thüringen

Beispiel: Ost-West-Schreibwerkstatt – Tagung der Ev. Akademie Thüringen

Veranstaltungsbeschreibung: Die Schreibwerkstatt fand über mehrere Jahre hinweg einmal jährlich im Zinzendorfhaus Neudietendorf statt. Sie brachte, unter Anleitung von erfahrenen Schreibcoaches, Menschen aus ganz Deutschland zusammen, um ihnen drei Tage lang Raum für Austausch, Schreibübungen, Erinnerungsarbeit und Gespräche zu geben, die sich um das Aufwachsen, Leben und Arbeiten in beiden ehemaligen Teilen Deutschlands vor, um und nach der Wende drehten. 2022 fand die Schreibwerkstatt unter dem Motto „Kleine Fluchten, große Freiheit“ statt und wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung über das Modellprojekt „Zukunft inklusive“ gefördert.

Anspruch: Ziel war es, Menschen Zugang zur Veranstaltung zu ermöglichen, die sonst nicht zum üblichen Teilnehmendenkreis der Schreibwerkstätten gehörten. Durch den Wegfall von Teilnahmegebühren sollte es für alle Interessierten finanziell machbar sein, das Tagungswochenende samt Übernachtung und Verpflegung zu besuchen. Außerdem boten wir personelle Hilfen und anderweitige Unterstützung an (mehrere Tagungsassistenzen und Hilfskräfte für körperliche oder sprachliche Barrieren, z. B. für Übersetzungsarbeit bei fehlenden Deutschkenntnissen oder Schreibassistenz bei Legasthenie), im Bewusstsein dessen, dass die Befähigung zum Erzählen und Schreiben oft zu Unrecht an Sprachkenntnissen und -fertigkeiten festgemacht wird. Die Methoden sowie Anleitungen waren in großen Teilen voraussetzungsarm angelegt (Gleichwertigkeit von mündlichem Erzählen und schriftlichem Ausformulieren; Übungen mit einzelnen Worten, Begriffen, Satzteilen statt langen Textpassagen). Zudem wurde bei der Vorbereitung und Durchführung sensibel auf den Umgang mit Genderdiversität, heterogener Herkunft und körperlichen Einschränkungen geachtet.

Herausforderungen/Widersprüche: Es war im Vorfeld trotz des hohen Aufwands eher schwierig, entsprechende Personengruppen zu erreichen, da die Kontaktwege überwiegend neu waren. Multiplikator*innen wie Vereine und Vertretungen zeigten sich wenig motiviert, Informationen weiterzuleiten. So konnten effektiv nur die wenigen persönlichen Kontakte und individuelle Einladungen genutzt werden, die zwar auf positive Resonanz stießen, diesen Teilnehmenden aber mitunter das Gefühl vermittelten, nur aufgrund ihrer diesbezüglichen Besonderheit überhaupt eingeladen worden zu sein.

Lessons learned: Der Kontakt zu Institutionen, die bestimmte anvisierte Personengruppen vertreten, muss langfristig hergestellt und dauerhaft gepflegt werden. Ein einmaliges „Bespielen“ baut noch kein Vertrauen oder Motivation für Beteiligung auf. Insbesondere, wenn man gleich mehrere unterschiedliche inklusionsspezifische Zielgruppen ansprechen möchte, besteht die Gefahr, dass sich Menschen als „Quotenmigrant*in“ oder „Vorzeigebehinderte“ fühlen.

Zum Prozess: Das vorliegende Working Paper ist ein Gemeinschaftsprodukt der „Innovationsgruppe inklusive politische Bildung". Die Innovationsgruppe besteht aus Studienleitenden Evangelischer Akademien aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich seit 2022 in regelmäßigen Treffen zu inklusiven Strategien austauschen. Sie versteht sich als ein auf Dauer angelegter fachlicher Reflexionsraum, in dem aus Fehlern gelernt, die eigene Positionierung diskutiert und Bildungsbarrieren benannt werden können. Das vorliegende Papier ist daher als Zwischenergebnis in einem langfristigen Prozess zu betrachten.

Der Text selbst ist nicht barrierearm. Zielgruppe des Textes sind Studienleitende in Evangelischen Akademien sowie in der Bildungs- und Diskursarbeit Tätige.

Mitglieder der „Innovationsgruppe inklusive politische Bildung":
Nadja Ahmad, Evangelische Akademie Hofgeismar
Dr. Friederike Barth, Evangelische Akademie Villigst
Dr. Thomas Haas, Evangelische Akademie Bad Boll
Mark Medebach, Evangelische Akademien in Deutschland
Dr. Hendrik Meyer-Magister Evangelische Akademie Tutzing
Dr. Stefanie Westermann, Evangelische Akademie Villigst
Dr. Sabine Zubarik, Evangelische Akademie Thüringen

Anhang

Links zu Förderprogrammen, Literatur und sonstigen Hinweisen
Aktion Mensch
Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), auch interessant: Informationen und Materialien zu inklusiv politisch bilden | bpb.de
Länderspezifische Förderangebote (z. B. Inklusionsscheck NRW | Mit Menschen für Menschen. (mags.nrw))
https://www.sozialhelden.de/gemeinsam/beratung
Inklusive Bildsprache
Barrierefreie Veranstaltungen planen
Magazin für Vielfalt, Gleichberechtigung und Disability Mainstreaming
Bundesverband Deutscher Stiftungen: Online-Stiftungssuche (teilweise kostenpflichtig)
Übersicht über lokale Stiftungsnetzwerke
Vielfaltfinder
Zukunft inklusive. Praxisleitfaden für die inklusive politische Bildung in der pluralen Gesellschaft

Kontakt:
Evangelische Akademien in Deutschland e. V.
Auguststraße 80
10117 Berlin
Mail: office@evangelische-akademien.de
www.evangelische-akademien.de